

Wir wollen unser Recht

Autor(en): **Boyhl, Jakob**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Korrespondenzblatt des Bernischen Lehrervereins = Bulletin de la Société des instituteurs bernois**

Band (Jahr): **12 (1910-1911)**

Heft 4

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-241676>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das ist ein Gehalt, das wir selbstverständlich nicht von heute auf morgen erhalten werden. Aber wenn wir einmal soweit sind, dass man uns die Berechtigung dieser Gleichstellungsforderung zugesteht, so haben wir schon unendlich viel erreicht. Wir brauchen dann nicht mehr 13 oder 15 oder 20 Jahre zuzuwarten, bis wir «wiederkommen» dürfen, sondern der Staat hat dann so lange seine Pflicht nicht erfüllt, er hat so lange der elementarsten Gerechtigkeit nicht genügt, als er die zugestandenen Besoldungen nicht ausrichtet, und solange er das nicht tut, wird man es uns nicht verargen dürfen, wenn wir ihn immer wieder daran erinnern.

E. T.

Wir wollen unser Recht.

Aus Nr. 2 (1910) der Freien Bayerischen Schulzeitung. *)

Von Jakob Beyhl.

Es ist die grosse Sache aller Staaten
Und Thronen, dass gescheh, was Rechtens ist,
Und jedem auf der Welt das Seine werde,
Denn da, wo die Gerechtigkeit regiert,
Da freut sich jeder, sicher seines Erbs.
Und über jedem Hause, jedem Thron,
Schwebt der Vertrag, wie eine Cherubswache.

Schiller.

Wenn in hundert Jahren ein Kulturhistoriker die Geschichte des deutschen Volksschullehrerstandes schreiben wird, dann wird er finden, dass in den beiden Jahrzehnten um das Jahr 1900 herum im Lehrerstand ein denkwürdiger gesellschaftlicher Befreiungsprozess begann. Er wird feststellen, dass erst vereinzelt der Gedanke auftauchte, bis sich endlich die gemeinsame Bewegung mit elementarer Wucht entwickelte.

Seit hundert Jahren rangen die deutschen Lehrer um die Lösung aus unwürdigen Knechtesbanden. Bildungssehnsucht und Selbstverwaltungsideen waren die ersten Wegweiser im Zuge nach aufwärts. Dann kam Mitte des 19. Jahrhunderts der Zusammenschlussgedanke. Der gemeinsame Kampf schuf gemeinsame Fortschritte. Bildungszugeständnisse und Selbstverwaltungsanerkennungen folgten bruchstückweise. Die wirtschaftliche Notlage suchte man zu lindern im Vertrauen auf die Gunst der Landesgewalten. Man begnügte sich mit Erreichbarem. Man stellte bescheidene Kleinforderungen. Im Lohnkampfe fehlte jeder grosse und gemeinsame Zug, wie er in Bildungs-, Schulleitungs- und Rechtsfragen längst sich Bahn gebrochen hatte.

Da kam eine neue Zeit. Die soziale Frage wurde in den achtziger Jahren zum Kulturproblem der Nation. Und in Bismarcks und Wilhelm I. letzten Lebensjahren eroberte der soziale Gedanke die Kreise der Gebildeten und Regierenden. Die Lohnfrage aller Arbeitenden wurde zur Ehrenfrage der einzelnen Stände. Und der Gerechtigkeitsgedanke hielt seinen Siegeslauf durch alle edlen Gehirne. Alle Lohnkämpfe wurden zum Ringen nach gesellschaftlicher Höherwertung und höherer Achtung.

Aus diesem sozialen Grundzuge stammt der Gerechtigkeitsgedanke, mit dem die deutschen Staatsregierungen vor ihre Volksvertretungen treten, wo sie die dringend nötige Besserstellung der öffentlichen Diener

*) Wir empfehlen diese vorzüglich geschriebene Lehrerzeitung aufs wärmste. Erscheint in Würzburg. Preis halbjährlich 2 M.

pas d'illusion, nous n'atteindrons pas ce traitement du jour au lendemain. Mais si on reconnaît une fois nos bons droits, c'est que nous aurons déjà une victoire morale à notre actif. Nous ne serons plus obligés d'attendre 13 ou 15 ans avant de réclamer à nouveau. L'Etat comprendra qu'aussi longtemps qu'il ne paye pas les traitements qu'il reconnaît équitables, il ne remplira pas son devoir à notre égard. Aussi longtemps qu'il n'aura pas rempli ce devoir, il aura mauvaise grâce à s'impatience si on se permet de lui rappeler ses obligations à notre rencontre.

E. T.

fordern müssen. Und so ordnen im ganzen Reiche die Staatslenker die Lohntarife ihrer Diener nach dem Grundsatz: Gleiche Bildung, gleiche Wichtigkeit und Schwierigkeit des Dienstes, gleiche Bezahlung. Damit wird die staatliche Gehaltsstaffel zum Barometer der gesellschaftlichen Gliederung.

Auch die Volksschullehrer wurden mit hineingerissen in diesen gewaltigen Strom gesellschaftlicher Volkswicklung. Sie hatten am längsten auf Gunst und Gnade geharrt. Sie hatte man am längsten mit Bissen und Brocken gespeist. Fast sah es aus, als seien Lehrer wie Staatsleiter das so gewöhnt.

Aber plötzlich reckte es sich lichterloh empor: Gerechtigkeit, Gerechtigkeit! Es handelt sich um unsere Ehre! Wir wollen keine Gnade! Wir wollen unser Recht!

Der den Lehrerstand so plötzlich aus dem Träumen riss, das war der Staat selbst, indem er den Volksschullehrern zeigte, wie er seine andern Diener wertete und eingliederte. — Da reckten sich die Lehrer empor, die Scham im Gesicht und den Zorn im Herzen, und sagten den Staatsgewaltigen frei, dass ihre Geduld ein Ende habe. Und so begann überall der Kampf um das gute Recht!

Das war nicht nur in Bayern so. Das war überall so. Es handelte sich nicht um persönliche oder parteipolitische oder vereinstaktische oder sonstwelche kleinliche Dinge, sondern um ein gewaltiges Stück nationaler Kulturpolitik, von dem die Geschichte der Zukunft reden wird. Und es handelt sich nicht nur um eine reichsdeutsche Sache, sondern um ein internationales Stück moderner Kulturbewegung.

Der Gedanke der Gleichstellung mit standesgleichen Staatsdienern ist zuerst in Sachsen erwacht. Schon 1874 hat der brave Beeger die Einreihung in die Reihe der Unterbeamten abgewiesen. Dann schlummerte die Idee wieder ein. 1891 brach sie in Sachsen wieder empor. 1892 peitschte die Einreihung der Lehrer in die Klasse der Unterbeamten die Badener in die Höhe; 1897 begann dann dort der Kampf. 1899 erhoben die Württemberger in ähnlichem Verlangen die Hand. 1903 tauchte der Gedanke in Thüringen auf. 1906 schrieb der tapfere Beyer in Leipzig die grundlegenden klassischen Sätze für den Befreiungskampf der Sachsen. Im gleichen Jahre brachen die Hessen durch. 1907 entfalteten die Preussen und Thüringer die Fahne der Gleichberechtigung. Und 1908 flatterte das Banner der Gerechtigkeit durch das Land der Bayern.

Sehr bedeutungsvoll ist es, dass die Lehrerschaft vielfach unabhängig voneinander mit ihren Endgehaltforderungen auf etwa 4800 Mark kam als Gleichstellungssatz für jeden Lehrer. So liegt zurzeit in dieser Höhe die Forderung für eine auskömmliche und standes-

gemässe Besoldung beschlossen. Und unabhängig voneinander kommen die Lehrer auf dieselbe sachliche Begründung ihrer Forderungen. Was Fuss 1908 für Bayern als nötig herausstellte, das hatte 1906 schon, ohne dass wir Bayern davon wussten, Beyer in Leipzig klar berechnet. Es gibt keinen zwingenderen Beweis für unsere Gerechtigkeitsforderungen als solche Ergebnisse.

Und die Abstände zwischen Ziel und Wirklichkeit zeigen uns, wie gross und schwer der Kampf werden wird.

Heute finden sich noch folgende *Endgehälter*: 2400 Mark: Schwarzburg-Rudolstadt, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Elsass; 2460 Mk.: Waldeck; 2550 Mk.: Schwarzburg-Sondershausen; 2600 Mk.: Altenburg; 2700 Mk.: Braunschweig; 2750 Mk.: Weimar; 2800 Mk.: Bayern, Baden, Meiningen, Reuss ä. und j. Linie; 2900 Mark: Gotha; 3000 Mk.: Sachsen, Hessen; 3150 Mk.: Anhalt; 3300 Mk.: Preussen; 3400 Mk.: Oldenburg; 3500 Mk.: Lübeck; 4100 Mk.: Bremen; 4600 Mk.: Hamburg. Dabei sind in Oldenburg, Meiningen und Reuss ältere Linie die Sätze der neuen Gehaltsvorlagen schon eingesetzt.

Jede Gleichstellungsbewegung deutscher Volksschullehrer, das ist sehr bezeichnend, hat mit schweren Niederlagen begonnen. Ob Sachsen oder Preussen, oder Baden oder Bayern, oder Meiningen. Ueberall zuerst die heftigsten Gemüterschütterungen der enttäuschten Lehrer. Und auf der einen Seite: «Wir sind verachtet» «Uns mag niemand», als schärfste Aeusserungen — und auf der andern Seite: «Diese ewig unzufriedenen Schulmeister» «Die unersättlichen Lehrer». So schwer lastet der Fluch einer hundertjährigen Knechtschaftsgeschichte auf unserem Stand! Man hat den Lehrern Bildung gegönnt und schüttelte den Kopf, wie sie als gebildete Männer ihr gutes Recht heischten, und wünschte sich dann den um eine Gnade sich zehnmal bückenden Schulmeister zurück. Aber es war zu spät.

Die Regierungen waren meist hochehrtaunt. In Preussen hat der ostelbische Schlossherrengeist widerwillig abgewehrt und als blaues Wunder moderner Technik die Kulturbremse erdacht. In Baden zögerte man durch ein Jahrzehnt hindurch. In Bayern wurde man von einem jäh aufschliessenden Naturereignis*) überrascht und fand nur ungenügende Worte zur Rechtfertigung der Ablehnung. So ist es überall. Aber aus verschiedenen Wendepunkten blitzt fröhliches Leuchten. In Gotha und Sachsen ist die Forderung der Lehrer grundsätzlich anerkannt. Auch anderswo.

Von allen Parteien hat nur das bayerische Zentrum aus Parteiegoismus mit der grössten Wucht sich gegen das Verlangen der Lehrer gestemmt. In Preussen aber z. B. haben *alle* Parteien, mit Einschluss des Zentrums, die Gleichstellungsbewegung der Lehrer als durchaus berechtigt bezeichnet. Auch die Konservativen konnten nichts dagegen sagen. Vom Herrenhaus sei nicht die Rede, das passt in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht ins 20. Jahrhundert.

*) Die von Tausenden besuchte, alles mit sich reisende Lehrerversammlung vom 16. Mai 1908 im grossen Hackerbräusaale in München, die mit elementarer Wucht dagegen auftrat, dass man die Lehrer wiederum mit lumpigen 3-400 Mark abzuspiesen gedachte (während wir Berner für denselben Betrag Lob- und Danklieder sangen).

Es könnte aber kein besseres Zeichen für die Geringschätzung, die man dem Lehrerstand vielfach entgegenbringt, geben, und die Notwendigkeit der Erlösung aus beschämender Tiefwertung könnte nicht krasser beleuchtet werden, und die Ebenbürtigkeitsbewegung des Lehrerstandes könnte nicht besser gefördert werden, als durch die Mittel und den Unverstand, mit denen öffentliche Diener, die mit dem Lehrerstand an Bildung und Stellung gleich- oder ihm nachstehen, sich gegen den Emporzug der Lehrer sperren. In allen Staaten die gleiche Erscheinung! In Baden behauptet man, die Lehrerbildung stünde hinter der Einjährigenbildung zurück. Etwas Aehnliches hat man ja auch schon in Bayern zu behaupten sich getraut. In Anhalt wagten einfältige Neidhardt in einer Bittvorstellung sogar zu behaupten, die Volksschullehrer seien die einzige Klasse von mittlern Beamten, bei denen Volksschulbildung als Vorbildung genüge. Man kennt unsere Vorbildung eben nicht, weil man nicht mit uns auf einer Bank sass.

Ein trauriges Kapitel ist auch, dass Standesgenossen, die sich unter einem besonderen christlichen Deckmantel von anderen abtrennten, vielfach die Bewegung hemmen und schädigen. So z. B. in Baden, Bayern und Oesterreich. Einige Ausnahmen sind erfreulich.

Das Allerschlimmste aber ist es, wenn in freien Vereinen hie und da noch der alte Kirchendiener- und Schulmeisteregeist spukt, der es nicht verstehen kann, dass ein deutscher Volksschullehrer auch ein aufrechter Mann sein soll, und wenn es Leute gibt, welche, die Zipfelmütze übers Ohr gezogen, ins Bett kriechen, wenn draussen die Kugeln pfeifen, beim Friedensschluss aber mit einem grossen Eimer gelaufen kommen, um ihren Teil zu holen, und dabei sich brüsten, dass das auch ohne alles Gefecht so gekommen wäre und dass aller Widerstand nur Schaden bringe und dass sie überhaupt die Geseitesten wären.

Doch das Schönste und Erhabenste ist die Treue und Tapferkeit und der Mannesstolz der tausend und abertausend braven Brüder.

«Der Kampf beginnt erst,» schreibt einer der Führer der Preussen. Und überall, vor allem in Baden und Württemberg und Anhalt und Oldenburg und Meiningen rüstet man zum Kampf. In Sachsen hofft man beim nächsten Vorstoss zu siegen. In Bayern haben wir alle Ursache, uns die Siegeszuversicht zu stärken und den verantwortlichen Machthabern klar zu zeigen, dass wir nicht eingeschlafen sind auf rosigen Polstern, sondern dass wir in sorgender Erwartung stehen und eine neue Enttäuschung mit einem neuen Kampf erwidern werden.

So sei denn diese Nummer allen deutschen Regierungen und allen Kampfgenossen gewidmet. Den ersten, dass sie den gemeinsamen Schrei nach Gerechtigkeit deutlich vernehmen, den andern, dass sie Herz und Hirn stärken an diesem geschichtlich denkwürdigen, gottgeheiligten Grundzug der Lehrerbewegung. Beiden aber zum Sporn, dass sie *mit Bewusstsein eine grosszügige deutsche Kulturpolitik treiben*, denn die Losbindung der Lehrerschaft aus den Fesseln unwürdiger Notlage und die Erhebung der Lehrer zu gleichberechtigten Mitarbeitern am öffentlichen Wohl bedeutet einen Segen für die deutsche Volksbildung.

Disziplinar- und Haftpflichtfragen.

Von der Sektion Oberemmental war vor ungefähr Jahresfrist angeregt worden, es sei die Frage der Disziplinarkompetenzen des Lehrers in und ausser der Schule von berufener Seite

Questions de discipline et de responsabilité.

Il y a environ une année que la section du Haut-Simmental a soulevé l'intéressante question des châtiments corporels en classe et hors de classe, en demandant que les compétences de